



HESSISCHER LANDTAG

Änderungsantrag

20.01.2022
HHA

Fraktion DIE LINKE

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2022 (Haushaltsgesetz 2022) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses Drucksache 20/6873 zu Drucksache 20/6380

Inhalt des Antrags: **Personalausstattung im Justizvollzug**

Einzelplan **05** **Hessisches Ministerium der Justiz**

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 05 05 Justizvollzug
Buchungskreis: 2450

Produktnummer lt. Leistungsplan alle Produkte

Bezeichnung lt. Leistungsplan diverse

Weitere Änderungen im Wirtschafts-/ Stellenplan:

Die Mittel werden aufgewendet, um die Aufgabensteigerung des Vollzugspersonals durch die Änderung der Vollzugsgesetze und den Krankenstand mit der Schaffung von 10% neuer Stellen auszugleichen.

Kameraler Haushalt:

Beträge in EUR

Titel	Zweckbestimmung	von	um	auf
422	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter	115.675.300	+11.567.530	127.242.830

Der Wirtschaftsplan und der kameraler Haushalt sind entsprechend anzupassen.

Begründung des Änderungsantrags:

Die Mittel sind aufzuwenden für eine Aufstockung des Personals im allgemeinen Vollzugsdienst sowie zur Schaffung weiterer neuer Stellen im psychiatrischen Dienst und Sozialdienst. Mit der Änderungen der Vollzugsgesetze wurden die Aufgaben erweitert ohne dies personell abzudecken. Es müssen mehr Sozialarbeiterstellen zur Klärung der Wohnsituation – keine Entlassung in die Obdachlosigkeit – und der Organisation der Krankenversicherung geschaffen werden. Zudem muss für den Fall, dass als ultima ratio eine Fixierung angeordnet wird entsprechend medizinisch ausgebildetes Personal verfügbar sein.

Wiesbaden, 19.01.2022

Für die Fraktion
DIE LINKE
Der Fraktionsvorsitzende:

Jan Schalauske